

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Friede diesem Haus!“ wünsche ich Ihnen, denn so beginnt Papst Franziskus seine Botschaft zum Weltfriedenstag, die er in diesem Jahr unter die Überschrift

*Gute Politik steht im Dienste des Friedens*

gestellt hat.

Papst Franziskus rückt damit den Zusammenhang von Politik und Frieden in den Fokus. Was im ersten Moment selbstverständlich scheint, ist bei näherem Betrachten nicht so einfach.

Er greift mit seiner Botschaft ein zeitlos aktuelles Thema auf, setzt einen Maßstab für das Handeln in der Politik und gibt dabei eine Richtschnur als Hilfslinie vor. Wenn Politik das Gemeinwesen regelt, dann ist der Maßstab ganz klar: sie tut es für die Menschen! Das hat natürlich viele Facetten, eine wichtige, wenn nicht die grundlegend Wichtigste ist der Frieden untereinander, also das Schaffen, Stabilisieren und Erhalten des friedlichen Miteinanders. Und hier setzt Papst Franziskus einen klaren Maßstab: Handeln oder Unterlassen, das dem Frieden dient, ist gute Politik – ist richtiges Tun. Damit ist das Gegenteil ausgeschlossen: was dem Frieden nicht dient oder gar entgegensteht, ist folglich falsch!

In seiner Botschaft betont der Papst den ethischen Rang einer Politik, die sich in den „Dienst der Menschenrechte und des Friedens stellt.“ Und er sagt weiter: „Wenn sie sich in grundlegender Achtung des Lebens, der Freiheit und der Würde des Menschen vollzieht, kann Politik wirklich zu einer hervorragenden Form der Nächstenliebe werden.“

Damit dies gelingt, so die päpstliche Botschaft, ist die Absage an verbreitete Laster der politisch Aktiven erforderlich. Als Beispiele seien hier nur die Korruption und der Hang zum Machterhalt sowie die Ignoranz gegenüber ökologischer Problemen genannt. Nachdrücklich wendet sich Papst Franziskus gegen die global wachsenden Tendenzen eines interessengeleiteten Selbstbezugs, der die globalen Herausforderungen und die Not vieler Menschen aus dem Blick verliert.

In ihrer Verantwortung für die Umsetzung einer friedvollen Politik sind alle gefragt. Denn gute Politik geht in unserem Land alle an und geht von allen aus! Jeder leistet dazu seinen Beitrag, egal wo er in Politik, Kirche und Gesellschaft steht.

Wodurch zeichnet sich eine gute Politik aus?

Welche Entscheidungen zur Friedenssicherung in Deutschland und weltweit werden von wem getroffen?

Welche Personen sind für die Umsetzung der Entscheidungen verantwortlich?

Das sind für mich die Fragen, um die es insgesamt geht. Lassen Sie mich auf die letztgenannte eingehen, denn auch Soldatinnen und Soldaten sind in diesem Zusammenhang gefragt und auch für diese stellt sich auf ihrer Ebene die Frage nach den ethischen Maßstäben für das eigene Tun und Unterlassen. Diese drängende Frage muss in der konkreten Lage beantwortet werden, ist dazu aber vorzubereiten. In dieser Aufgabe bringen sich seit Jahrzehnten die beiden Militärseelsorgen ein – unter anderem durch die Erteilung des vom Staat beauftragten lebenskundlichen Unterrichtes.

Auch hundert Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieg und auch siebenzig Jahre nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gilt es, die Lehren aus dem Fehlverhalten in der Vergangenheit

unter den aktuellen Rahmenbedingungen immer wieder neu zu ziehen. Dazu bedarf es der ethischen Orientierung eines jeden, insbesondere der Führungsverantwortlichen, die angesichts der Erosion traditioneller Werte dringender denn je ist. Aus der Geschichte lernend sind die Grundrechte unverrückbar im Grundgesetz verankert worden, auch die Freiheit des Gewissens. Diese moralische Autonomie der Person garantiert der Staat, der sie gleichzeitig nicht allein inhaltlich füllen kann.

Er trifft bewusst keine Entscheidung über die ethisch-moralische Wertegrundlage, obwohl er die Notwendigkeit einer gefestigten, wertebasierten Haltung der Einzelnen anerkennt. Genau deshalb wurde festgelegt, den Lebenskundlichen Unterricht an die Militärseelsorgen zu vergeben. Nur in diesem geschützten Raum außerhalb der Hierarchie kann das eigene Handeln frei reflektiert werden. Nur mit einem solchen Angebot entsteht eine tragfähige Überzeugung als Grundlage für künftiges eigenes Handeln.

Ganz klar hat sich die GKS daher für den Fortbestand des bewährten und seitens der Soldatinnen und Soldaten nachgefragten Lebenskundlichen Unterrichts ausgesprochen, eine davon unabhängige Ergänzung durch ethische Angebote bleibt davon unbenommen und kann das Gesamtbild gemeinsam mit den Kenntnissen um politische Zusammenhänge abrunden. Nicht das Vermitteln von Wissen oder das Erreichen eines Erziehungszieles steht dabei jedoch insgesamt im Mittelpunkt, sondern das komplexe Entwickeln einer individuellen Haltung, aus der heraus gehandelt wird. Wir reden bei der Forderung nach ethischer Bildung daher von viel mehr als dem technokratischen „Schließen einer Regelungslücke“.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.